

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 5

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

oder leicht gepanzerte Divisionen in Ostdeutschland (mit 6000 Panzern) und sechs Divisionen in Ungarn und Polen.

Das gesamte Mobilisationspotential der Union beträgt 7 Millionen Mann. In den letzten Jahren wurde nahezu das ganze Material erneuert und die Feuerkraft stark erhöht. Die Anzahl der Panzer beträgt 35 000. Besonders stark ist die sowjetische Artillerie, die unter anderem über das bewegliche 203-mm-Atomgeschütz verfügt, das über 25 km wirken kann.

Die zweitgrösste Flotte der Welt

Die sowjetische Flotte hat ihre Gesamttonnage von 600 000 t im Jahre 1940 auf 1 600 000 t erweitert und nimmt damit hinter der amerikanischen Marine (4 Mill. t) die zweite Stelle der Welt ein. Ihre Hauptstärke liegt auf den mindestens 430 Unterseebooten, die heute alle Weltmeere befahren. Im Bau von Atomunterseebooten haben allerdings die USA noch einen beträchtlichen Vorsprung, denn sie in den nächsten Jahren kaum verlieren werden, wenn auch mehrere sowjetische Einheiten in Bau sind (siehe KB, Nr. 43, 1960).

Die Anzahl der Kreuzer wird mit 25 angegeben, diejenige der Zerstörer mit 230. Dazu kommen noch 2000 übrige Einheiten verschiedener Art.

Nicht abgeklärt ist, wie viele Schiffe, die als Schlepper oder Fischdampfer die Meere befahren, militärischen Zwecken, vor allem dem Nachrichtendienst, dienen und etwa als Radarstationen ausgebaut sind.

Wissenschaft

Sowjetunion

Philosophie für Produktionspraxis

Eine einjährige Praxis in Lehr- und Propagandatätigkeit sieht das auch mit naturwissenschaftlichen Studien reich befrachtete neue Programm vor, das die Philosophische Fakultät der Leningrader Universität einführen wird. Zudem wird die Arbeit unter stärkerer Kontrolle der staatlichen und gesellschaftlichen Organe stehen. Der Plan, der auch eine Ausweitung der kritischen Behandlung bürgerlicher Lehren vorsieht, ist von Moskau bereits bestätigt worden.

Die Reorganisation der Lehrkurse, über die in der letzten Nummer der Moskauer «Woprosi Filosofii» berichtet wird, ist nicht nur für die gegenwärtigen Tendenzen aufschlussreich, sondern auch deshalb besonders wichtig, weil die Leningrader Fakultät eine bedeutende Rolle in der sowjetischen Geisteserziehung spielt. Ihre Absolventen dozierten an Hoch- und Mittelschulen und übten als Propagandisten in den Partei-, Sowjet- und Komsomolorganen, als Leiter von Kulturabteilungen usw. einen beträchtlichen Einfluss aus.

Die symptomatische Programmänderung, die bestimmt ihre Parallele in weiteren Institutionen finden wird, steht «im Zeichen der Verbindung philosophischer Studien mit der Produktionspraxis und dem Leben». Die obligatorische Praxis, die an die Stelle bisheriger freiwilliger Aktionen tritt, teilt sich in eine halbjährige Lehrtätigkeit und ein Semester propagandistischer Aktivität. Zwar stehen die Studenten auch während dieser Zeit unter der Führung von Professoren und Dozenten, aber

andererseits ist das «Aussenprogramm» mit der Tätigkeit der Gesellschaft zur Verbreitung politischer und wirtschaftlicher Kenntnisse koordiniert. Das heisst in offizieller Leseweise, dass «die Studenten der Fakultät mit der praktischen Arbeit der ideologischen Front in Verbindung stehen», und das bedeutet gleichzeitig eine weitere Einschränkung der Universitätsautonomie.

Ganz offiziell beschnitten wird aber die akademische Selbstbestimmung durch eine weitere Neuerung: Ihre Diplomarbeiten werden die Studenten jetzt nicht mehr vor ihrer Fakultät verteidigen, sondern vor der staatlichen Prüfungskommission.

Die gleichen Gesichtspunkte einer handgreiflicheren kommunistischen Erziehung machen sich auch in anderen neuen Regelungen bemerkbar. So führt «das Kollektiv der Philosophischen Fakultät» in einer Leningrader Fabrik eine politisch-wissenschaftliche Arbeit durch. Die Mitglieder des Kollektivs intensivieren die Veranstaltung von Kundgebungen und Vorträgen für Fabrikbelegschaften, schreiben für Betriebsorgane und widmen sich besonders der Jugenderziehung.

Auch das Vorlesungsprogramm selbst wurde zum Teil umgestaltet. Stark ausgeweitet wurde das naturwissenschaftliche Studium, das Mathematik, allgemeine Physik, allgemeine Biologie, Chemie und Physiologie des höheren Nervensystems als obligatorische Fächer umfasst. Weitere naturwissenschaftliche Kurse müssen je nach Spezialisierung besucht werden.

Der engere philosophische Unterrichtsplan enthält als Hauptvorlesungen Geschichte und Theorie des wissenschaftlichen Kommunismus sowie die Grundlagen der marxistisch-leninistischen Ethik. Der Umfang der Lehrgänge des dialektischen und geschichtlichen Materialismus wird erweitert.

Während bisher nur eine Vorlesung für die Kritik der zeitgenössischen bürgerlichen Philosophie und Soziologie bestand, so werden in Zukunft für diese beiden Gebiete getrennte und selbständige Kurse eingeführt. Das kann als Indiz dafür verstanden werden, dass die Propaganda gegen das westliche Gedankengut differenzierter und taktisch subtiler geführt werden soll.

China wieder erwähnt

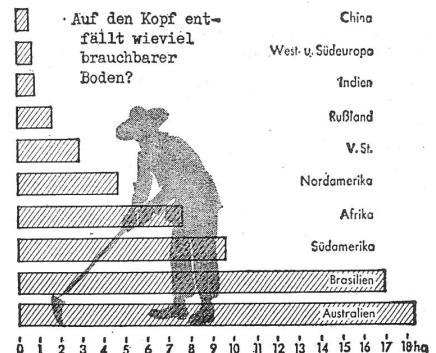
Erstmals seit längerer Zeit wurde in der Sowjetunion wieder über China geschrieben, und zwar über die Zentralkomiteetagung der Partei in Peking (KB, Nr. 3). Ein Tassbericht, der sich seinerseits mit der Textwiedergabe der chinesischen Agentur Sin Hua begnügte, wurde von «Pravda» ausführlich, von «Iswetija» stark gekürzt wiedergegeben. Die übrige sowjetische Presse veröffentlichte davon nichts.

Weizen in Kanada hat nicht nur China, sondern auch die Sowjetunion gekauft, die sonst selbst Getreide exportiert. Ein Indiz dafür, dass die landwirtschaftlichen Rückschläge des letzten Jahres nicht nur einen planwirtschaftlichen Misserfolg darstellen, sondern auch Versorgungsschwierigkeiten nach sich ziehen.

Gelenkte Berichterstattung: Die sowjetische Presse veröffentlichte in der letzten Zeit nicht nur jeden Streik, sondern auch alle grösseren Unglücksfälle aus den USA. Unglücksfälle aus der Sowjetunion oder den Satelliten werden dagegen nicht einmal erwähnt.

Statistik der Bevölkerungsdichte

bezogen auf brauchbaren Boden in Hektaren.



(«Wie die Wirtschaft funktioniert», C. Bertelsmann-Verlag, Gütersloh.)

Prozentualer Anteil der Kontinente an der Erdbevölkerung

Entwicklung während des 20. Jahrhunderts (für 1975 und 2000 Schätzungen der Vereinten Nationen).

Jahr	Afrika	Angloamerika	Latinoamerika	Asien ¹	Europa ²	Ozeanien
1900	7,7	5,2	4,1	55,3	27,3	0,4
1925	7,7	6,6	5,2	53,5	26,5	0,5
1950	8,0	6,7	6,5	55,2	23,0	0,5
1975	7,9	6,3	7,9	57,7	19,6	0,5
2000	8,2	5,0	9,4	61,8	15,1	0,5

¹ ohne die Gebiete der Sowjetunion.

² einschliesslich aller Gebiete der Sowjetunion.

Jugend

China

Kämpfen — wofür?

Unter den neuen Bedingungen des «grossen Sprungs nach vorn» appellierte die KP Chinas vor kurzem an das ganze Volk, mit neuer Energie unverdrossen weiterzukämpfen, um China möglichst rasch zu einem starken sozialistischen Staat zu machen.

Bei diesem Anlass wendet sich ein junger Chinese in Kwangtung, namens Han Chün, mit einem Leserbrief an die Zeitung «Chung-kuo Ching-nien» (Chinas Jugend), in dem er offen einige Skrupel zum Ausdruck bringt, mit denen der junge Mann zu ringen hat, da er manche Massnahmen seiner Regierung nicht so ohne weiteres verstehen kann wie viele seiner Altersgenossen.

Er schreibt u. a., auch er habe als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Chinas auf den erwähnten Aufruf der Partei hin seine Kräfte verdoppelt und nehme aktiv an der Produktion von zusätzlichen Nahrungsmitteln teil. «In der Theorie verstehe auch ich, dass mühseliger Kampf, Fleiss und Genügsamkeit grossartige Eigenschaften der Werktätigen unseres Landes sind. Aber ist die Situation anders als damals (anfangs der Revolution. Red.)? Wir haben nicht nur eine Autarkie in vielen Produkten erreicht, sondern besitzen sogar Exportüberschüsse. Wenn wir unter diesen Bedingungen erneut Notwendigkeit des ewigen Kampfes betonen, kann dies

nach meiner Meinung nur eine ungünstige Wirkung haben. Dieser Kampf wurde uns durch die Zustände aufgezwungen, und wir setzten uns unter diesen Bedingungen für den Kampf ein, um den Blick des Volkes auf die Zukunft zu richten und um die Menschen anzuregen, ihre traurige Lage zu vergessen und für eine herrliche Zukunft zu kämpfen. Wenn wir jedoch dieses Ringen heute wiederum betonen, werden die Menschen womöglich ihren Glauben an die Zukunft verlieren, und die Sehnsucht des Volkes nach einem wunderschönen Morgen wird geschwächt. Die Menschen könnten sich fragen: Wofür kämpfen wir eigentlich so? ... Werden die Menschen nicht vielleicht an der Ueberlegenheit des Sozialismus zweifeln, wenn wir von ihnen immer wieder mühseligen Kampf fordern? Ich habe lange über solche Fragen nachgedacht. Wofür nahmen unsere revolutionären Vorgänger diesen bitteren Kampf auf sich? Taten sie es nicht für das Glück ihrer Kinder? Sie wollten gewiss nicht, dass die Kinder das gleiche Leid erleben wie die Eltern. Die Jugendzeit ist kurz. Wenn man von einem Jugendlichen fordert, ausserordentliche Härten zu ertragen, in früher Jugend schwere Arbeit zu leisten und sich mit zu vielen Problemen abzugeben, wird man seine Gesundheit schon im jugendlichen Alter schädigen. Wenn es stimmt, dass es für einen jungen Menschen gut ist, Härten zu ertragen, warum wird dann immer betont, dass unsere Vorfahren die Revolution im Interesse der jungen Generation durchführten? Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Wenn auch wir für unsere Kinder Schweres durchmachen müssen und wenn jede Generation notwendigerweise für die nächste arbeiten muss, wird die Mühsal nie ein Ende finden. Welche Generation soll sich schliesslich des Lebens erfreuen?»...

Der junge chinesische Briefschreiber hat noch eine ganze Anzahl weiterer Fragen auf dem Herzen, die hier raumeshalber nicht alle wiedergegeben werden können, so aufschlussreich sie für die Zweifel eines Teils der jungen Generation des Reichs der Mitte am derzeitigen Regime auch wären. Ohne Zweifel aber wird man dem jungen Mann gelegentlich die parteioffiziellen Antworten auf seine Fragen erteilen!

Spiel mit dem Hunger

Es klingt unglaublich, aber es geht aus offiziellen Veröffentlichungen in Hongkong eindeutig hervor. Trotz seiner schweren Versorgungskrise hat Peking in den beiden letzten Monaten seine Reiserxporte nach Hongkong beträchtlich verstärkt. Sowohl im Dezember als auch im Januar wurden je 8500 Tonnen dorthin versandt. Während des ganzen Jahres 1960 belief sich die Reiszufuhr Hongkongs aus China auf 74 000 Tonnen. Dabei haben die hungernden Einwohner von Kanton eigentliche Botsendienste eingerichtet, um in Hongkong Reispakete zu holen und einzeln über die Grenze zu bringen (KB, Nr. 2). Die Aktion wurde der verschärften Notlage wegen unterdessen ausgeweitet, wobei die Zollorgane beiderseits Erleichterungen gewährten.

Das australische Weizenamt hat sich auf Ersuchen der chinesischen Regierung damit einverstanden erklärt, seine Weizenlieferungen nach China künftig nicht mehr öffentlich bekanntzumachen.

Landwirtschaft

Ungarn

Im zweiten Stadium

Von den bei der grossen Kollektivierungswelle des letzten Herbstes geschaffenen ungarischen Agrarvereinigungen, der Vorstufe landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe, sind bereits 1200 in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) umgewandelt worden.

Damit ist der in den letzten Monaten stark beschleunigte Prozess zur allgemeinen Kolchoswirtschaft schon so weit gediehen, dass die Phase der Umwandlung weitgehend abgeschlossen ist. Folgerichtig bezeichnete der Präsident des LPG-Rates, Jozsef Tisza, als nächste Aufgabe nun die politische und wirtschaftliche Festigung als nächste Aufgabe.

Dass die Bevölkerung die durchgeführte «sozialistische Umwandlung der Landwirtschaft» noch keineswegs verdaut hat, zeigt etwa ein in der Budapester «Nepszabadsag» veröffentlichtes, stattgefundenes oder fingiertes, Gespräch zwischen Arbeitern der Maschinenfabrik «4. April». Im Herbst, als

Eier und andere Lebensmittel knapp wurden, sei die allgemeine Auslegung zu hören gewesen: «Das ist darum so, weil zuviel kollektiviert wurde.» Im Dezember hätten in der Fabrik drei «von der Kollektivierung vertriebene» Männer um Arbeit nachgesucht und erklärt: «Wir wollen etwas verdienen, denn in den Kollektivwirtschaften kann man nicht leben.» Wohl lässt die Zeitung einen Gesprächsteilnehmer feststellen, die Bauern seien «alarmierenden Gerüchten» aufgesessen, aber gerade solche populären Belehrungen lassen die weitherum herrschende Beunruhigung erkennen.

Dass es in der neuen Kollektivierung gerade mit der Auszahlung nach Arbeitseinheiten (die den sowjetischen «Tagewerken» entsprechen) hapert, war übrigens auch den Ausführungen Tiszas in Budapest zu entnehmen. Er forderte vor dem LPG-Rat bessere Arbeitsorganisation und angepasste Planung. Der Staat will den neuen Agrargenossenschaften dieses Jahr kräftig unter die Arme greifen. Den LPGs sollen 1961 1 Milliarde, 360 Millionen Forint Investierungsunterstützung gewährt werden. Die Übergangsperiode hat laut «Figyelő»

Kuomintang – Restbestand: Taiwan

(Als «Ta Tschung-Hua Min-Kuo» den Anspruch erhebend, ganz China zu repräsentieren.)

Fläche: 35 961 Quadratkilometer.

Einwohner: 10 300 000.

Städte: Taipeh (als provisorische Hauptstadt von China betrachtet) 777 467 Einwohner, Kaohsiung 371 000 Einwohner, Tainan 288 000 Einwohner, Taitschung 210 000 Einwohner, Kilung 145 000 Einwohner. Zu Taiwan gehören die Pescadores-Inseln (chin.-Penghu) in der Formosa-

Religion: Konfuzianismus und nördlicher Buddhismus (Mahajana).

Staats- und Regierungsform: Republik — Parlament aus einer Kammer (gesetzgebender Yuan) — Allgemeines Wahlrecht — Wehrpflicht.

Staatsoberhaupt: Präsident Tschiang Kaischek, seit 1950, wiedergewählt 1954 und 1960, als Oberhaupt der Republik China von den meisten nichtkommunistischen Staaten anerkannt.

Regierungschef: Präsident des Vollzugs-Yuan General Tschen Tscheng, Kuomintang.

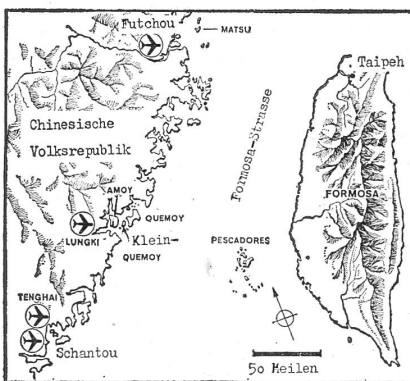
Aussenminister: Tschen Tschanghuan.

Parteien: führend die nationale Kuomintang, ausserdem in der Regierung vertreten die «Jungchina-Partei» und die «Demokratische Sozialistische Partei». Verboten wurden die «Kommunistische Partei» und deren Ersatzorganisation «China-Demokratische Liga».

Wichtige Ausfuhrsgüter: Zucker (über 50 Prozent), Reis, Tee, Früchte, Salz, Zement, Kampfer.

Wichtigste Aussenhandelspartner: Japan und die USA.

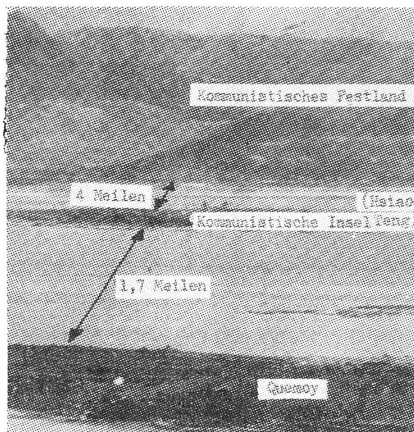
Mitgliedschaft: Uno.



Strasse (127 Quadratkilometer, 80 000 Einwohner, Hauptort Makung 10 000 Einwohner), beansprucht werden auch die kleinen Spratly-Inseln (0,7 Quadratkilometer), die Pratas-Inseln (1,5 Quadratkilometer), sowie die Parcel- oder Sinan-Inseln (5,9 Quadratkilometer). Von nationalchinesischen Truppen sind mehrere Inselgruppen vor dem Festland des kommunistischen China besetzt, darunter die Quemoy-Inseln (118 Quadratkilometer) und die Matsu-Gruppe (249 Quadratkilometer).

Bevölkerung: Chinesen, darunter zirka 2 Millionen Flüchtlinge, ausserdem rund 200 000 Primitivmalaien.

Staatssprache: Chinesisch, Umgangssprache = Fukien-Dialekt.



noch andere Probleme der Wirtschaftsorganisation zu lösen, insbesondere der Koordination von Produktion und Ankauf. Zugegeben wird, dass man bei den Nebengewirtschaften den von den LPG-Mitgliedern noch privat bebauten kleinen Landstücken innerhalb eines Kollektivs, keine administrativen Massnahmen ergreifen dürfte, «denn dadurch nimmt man den Bauern die Produktionslust.» Um das Nebeneinander der kollektiven und privaten Produktion mit den entsprechenden Marktangeboten dennoch zu koordinieren, werden grosse staatliche Ankäufe empfohlen. Diese hätten auf Grund von Ablieferungsverträgen vor Beginn des Wirtschaftsjahres mit festgesetzten Preisen getätigt zu werden. (Was dann bei schon rein durch äussere Bedingungen hervorgerufenen Produktionsverschiebungen der planwirtschaftlichen Bürokratie etliche Probleme stellen dürfte.)

Eine weitere Schwierigkeit teilt die ungarische Landwirtschaft mit derjenigen der Sowjetunion, den Mangel an Ersatzteilen für den Maschinenpark. «Seit die (staatlichen, zentralen) Maschinenstationen bestehen», schreibt «Nepszabadsag» selbst, «gab es immer Schwierigkeiten bei der Versorgung mit Ersatzteilen.»

Was «Nepszabadsag» über den Handwerksmangel in den kollektivierten Dörfern Ungarns berichtet: Noch immer muss man in mehr als 300 Dörfern in ein Nachbardorf fahren, wenn man sich die Haare schneiden lassen will, in 230 Dörfern gibt es keinen Schuster, in 530 Dörfern keinen Schneider. Dabei sind die Elektriker, Mechaniker und übrigen technischen Handwerker gar nicht erwähnt, die der Dorfbevölkerung fehlen.

«Magyar Hírek», die Zeitung für Exilungaren, meldet die Rückkehr von bisher mehr als 40 000 Ungarn in die Heimat. Die Behörden behandelten «jedes einzelne Gesuch wohlwollend und individuell».

Allein an der unmittelbaren Kontrollarbeit der Volkskontrollorgane beteiligen sich in Ungarn jährlich 30 000 bis 32 000 Personen. Die zentralen und lokalen Volkskontrollorgane erhalten jährlich 5000 bis 6000 «Anzeigen von öffentlichem Interesse», die neben den üblichen Betriebskontrollen usw. untersucht werden.

Verkehr

Wie 1847

Der erste ungarische Zug, der 1847 zwischen Budapest und Vac verkehrte, benötigte die gleiche Zeit wie seine Nachfolger auf der gleichen Strecke im Jahre 1960. Das Beispiel brachte die Budapester Zeitung «Figyelő», um die Lage im Eisenbahnsystem zu illustrieren. Die Züge seien überlastet, zu langsam, hielten auf zu vielen Stationen an und machten das Reisen zu einer Qual. Die Ungarischen Staatsbahnen befördern 1,5 Millionen Personen pro Tag. Pro Jahr entfallen auf einen Sitzplatz 1000 Reisende, während es 1938 nur 380 gewesen waren.

Die Ursache der Eisenbahnkalamität liegt nach der Darstellung des wirtschaftspolitischen Blattes an der starken Vernachlässigung der Schienenwege bis 1958. Im folgenden Dreijahresplan seien immerhin viele Strecken, insgesamt 1600 km, aus-

gebessert worden, so dass jetzt die Situation allmählich wieder erträglicher würde. Nach dem geltenden Fahrplan ist die Reisegeschwindigkeit der Personenzüge von 30,1 km/h vor Jahresfrist auf 31,8 km/h gestiegen, und die Schnellzüge verkehren mit 54,5 statt mit 50,8 km/h. Vor 1960 hatten rund ein Viertel aller Züge «erhebliche Verspätung», gegen Ende des letzten Jahres aber nur mehr 2,8 Prozent. An Rollmaterial aber mangelt es nach wie vor.

Die Eisenbahntarife sind in Ungarn niedrig gehalten. Zudem sind sehr viele Personen im Besitz von Vergünstigungen, lösten doch letztes Jahr nur 22,2 Prozent der Reisenden Fahrkarten zum vollen Preis.

Allgemein

Ostblock

Liebesgaben = Ausbeutung

Der Lebensstandard ist in den Ostblockstaaten bekanntlich niedrig, aber viele Leute müssen sogar weit unter dem dortigen Durchschnittsstandard ihr Leben fristen, denn Monatsgehälter, von denen man sich höchstens zwei Paar Schuhe kaufen kann, gehören nicht zu den Seltenheiten. Aus diesen Gründen sind die im Westen lebenden Angehörigen bemüht, Kleider und Lebensmittel hinter den Eisernen Vorhang zu senden, um den Mangel ihrer Leute etwas zu lindern. Die kommunistischen Regierungen erkannten sogleich die damit verbundenen Möglichkeiten und machten aus der Armut ihrer Bevölkerung ein blühendes Geschäft. Die Einfuhrzölle der Konsumgüter — auch gebrauchter Gegenstände — wurden für westliche Begriffe unvorstellbar erhöht, so dass die Einlösung eines Paketes aus dem Westen für die Empfänger einem finanziellen Ruin gleichkam. In vielen Fällen hatten deshalb die Adressaten die Sendungen nicht übernehmen können. Diese wurden jedoch nicht etwa an die Absender zurückgeschickt, sondern einer von der Partei bestimmten «gemeinnützigen» Verwendung zugeführt.

Gleichzeitig gründeten diese Staaten mehrere Gesellschaften, die ein Monopol auf derartige Geschenksendungen erhielten und in Ländern mit harter Valuta Filialen eröffneten. Denn der Ostblock braucht zum «Aufbau des Kommunismus» vor allen Dingen Devisen, zu deren Beschaffung sich auch die Unterstützungsbedürftigkeit der eigenen Bevölkerung als willkommene Quelle erwies. Die Abwicklung solcher Geschäfte geht folgendermassen vor sich: Im Westen zahlt man auf Grund einer Preisliste einen gewissen Betrag ein, wofür dann am Bestimmungsort ein fertiges Paket (Lebensmittel oder andere ausgewählte Konsumgüter) ausgehändigt wird. Die Preise, die der westliche Absender zu bezahlen hat, sind einzigartig. Um diese Geschäftsmoral etwas näher kennenzulernen, seien hier nur einige Beispiele angeführt (entsprechende Schweizer Preise in Klammern): 1 kg Kaffee 42,65 Fr. (7.—), 1 kg Kakao 23,50 (7,80), 1 kg Tee 32,20 (20.—), 1 kg Schokolade 22,65 (7.—), 1 Büchse Sardinen 2,85 (—,80), Damenschuhe 60,90, Herrenschuhe 69,60, 10 Rasierklingen 4,35, Fernsehapparat 857.—, 1 kg Strickwolle 156,60 (30.—) usw.

Zu dieser Preispolitik sei noch bemerkt, dass man dafür keine in den Einzahlungs-

ländern verkauften Waren liefert (denn es handelt sich nicht um hier zusammengestellte Pakete), sondern die Beschenkten erhalten eine Postkarte, auf der ihnen mitgeteilt wird, sie sollten sich im Lagerraum der beauftragten Firma melden, um das Paket in Empfang zu nehmen. Für das gute einbezahlte Geld erhalten die Empfänger also entweder einheimische Produkte, deren Qualität aus zahlreichen Kritiken der Ostpresse sattem bekannt ist, oder man händigt Importwaren aus, wie z.B. bei Kaffee oder Tee, deren Qualität die billigste ist, die auf den Weltmärkten überhaupt aufzutreiben ist. Da bei solchen Sendungen kein Zoll zu entrichten ist, sind die im Westen lebenden Angehörigen gezwungen, auf diese Wuchergeschäfte einzusteigen, um ihren notleidenden Verwandten und Bekannten irgendwie helfen zu können. Immerhin ist dieses Vorgehen für die im Osten so viel gepriesene «kommunistische Moral» mehr als bezeichnend, denn Zwangsgeschäfte mit einem Nutzen von zirka 300 Prozent können schwerlich mit den schönfärbischen Worten der Ideologie in Einklang gebracht werden.

Aussenbeziehungen

Tschechoslowakei

Werben um Bolivien

Die Tschechoslowakei, die in den Westbeziehungen des Ostblocks so oft Vorspanndienste leistet, hat mit einem Kulturabkommen mit Bolivien ihre Stellung in Südamerika gefestigt, doch scheint sich La Paz etlichen Angeboten Prags gegenüber reserviert verhalten zu haben.

Bolivien ist zurzeit Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der kommunistischen Staaten. Im Dezember und Januar hatte eine bolivianische Lehrerdelegation die Sowjetunion bereist, um Gewerkschaftswesen und Pädagogik der UdSSR zu studieren. Darnach weilte der tschechoslowakische stellvertretende Aussenminister Jiri Hajek in La Paz, wo er Unterredungen mit Regierungs- und Wirtschaftsvertretern führte und ein Kulturabkommen zwischen den beiden Ländern unterzeichnete. Dieses ist jedoch allgemein gehalten und erwähnt verschiedene Vorschläge nicht, über welche die tschechoslowakische Presse berichtet. Die CSSR sei bereit, erklärte «Uj szó» von Bratislava, beim Aufbau der technischen Schulen Boliviens zu helfen und Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Auch könnten tschechoslowakische Archeologen für die Geschichtsforschung zur Verfügung gestellt werden.

Diese Projekte scheinen vorläufig im Verhandlungsstadium stehengeblieben zu sein. Zu bemerken ist, dass der Kommunismus ohne weiteres bereit ist, in Südamerika nicht nur via Opposition, sondern auch via Regierung Fuss zu fassen.

Der Kongress der sozialistischen Arbeitsbrigaden in Prag (KB, Nr. 4) ging mit einem ehrlichen Erfüllung der Arbeitsnormen versprechenden Brief an das Zentralkomitee der Partei und einem zu Arbeit und Kampf für den Frieden ermahnenden Aufruf an alle Werktätigen der Republik zu Ende. Novotnys Kritik hat in verschiedenen Teilen des Landes, namentlich in der Ostslowakei, starkes Echo gefunden. Insbesondere werden Massnahmen zu strafbarer Kontrolle der Landwirtschaft und des Bergbaus in Aussicht gestellt.

Curriculum der Woche

ISAGALI SCHARIPOW

Nach den kürzlichen Säuberungen infolge der landwirtschaftlichen Rückschläge neuer Präsident des Obersten Sowjets der Republik Kasachstan. Geboren 1905 als Bauernsohn im Dorf Dolgoje, Gebiet Astrachan. Begint 1916 im Volksschulalter in der Fischindustrie zu arbeiten. 1921 stellvertretender Sekretär, später stellvertretender Präsident im Exekutivkomitee des Dorfsowjets. Tritt 1921 dem Komsomol (KP-Jugendorganisation) bei und wird 1926 reguläres Mitglied der Partei. In der Folge Tätigkeit als Komsomolsekretär des Bezirkskomitees Marfino und als Propagandist des Astrachaner Gebietskomitees der Partei. 1929 bis 1932 Studien an der Kommunistischen Universität für Werktätige aus dem Osten in Moskau und anschliessend Leiter einer Propagandagruppe des Komsomol-Zentralkomitees. In den nächsten Jahren intensive Vortragstätigkeit. 1937/38 Leiter der Propaganda- und Agitationsabteilung des ostkasachstanischen Gebietskomitees der Partei. Im August 1938 zum Präsidenten des Semipalatsinsker Gebietssowjets. 1939 bis 1953 stellvertretender Ministerratspräsident von Kasachstan und während des Krieges zudem ständiger Vertreter der kasachstanischen Regierung bei der Unionsregierung in Moskau. 1953 Präsident des Stadtsowjets von Alma Ata und im nachfolgenden Jahr Präsident des Gewerkschaftsbundes von Kasachstan. 1956 bis 1961 wiederum ständiger Delegierter der Kasachstanischen Regierung beim Ministerrat der UdSSR. Im Militär bekleidet Scharipow den Grad eines Generals. Er ist Abgeordneter und Zentralkomiteemitglied der KP von Kasachstan. Verschiedene Auszeichnungen und Orden.

Staat und Partei

Polen

In Erwartung «bitterer Klagen»

«Ich möchte mit Nachdruck unterstreichen, dass das Gespräch mit dem Volk nicht immer leicht sein wird, es wird oft auf Schmerzhaftes und Bitteres stossen.»

So führte das polnische Politbüromitglied Zambrowski in bezug auf die Wahlen vom 16. April dieses Jahres aus. Im Wahlgesetz von 1956 sind nämlich einige Änderungen vorgenommen worden, die für die Kommunistische Partei beträchtliche Gefahren in sich bergen.

Zambrowski hat deshalb die Partei «zu einem Gespräch mit dem Volk» aufgerufen und dabei auf die Risiken hingewiesen, welche die Kommunisten mit dem neuen polnischen Wahlmodus eingehen. Es sei damit zu rechnen, dass «auf der Welle des wachsenden Interesses an den öffentlichen Angelegenheiten während der Wahlkampagnen auch die Aktivität der reaktionären Kräfte zunimmt, die sich bemühen werden, Zwietracht zu säen und den Bewusstseinsmangel und die Desorientierung mancher Kreise auszunutzen».

Zambrowski gibt in diesem Zusammenhang auch zu, dass das tägliche Leben der Menschen in Polen schweren Belastungen ausgesetzt ist. Das Wohnungsproblem sei noch weit von einer Lösung entfernt, die Lebenshaltungskosten hätten sich vergrössert, der Lohnzuwachs habe gebremst werden müssen, obschon die Reallöhne in den letzten fünf Jahren um 30 Prozent angewachsen seien. Es werde aber auch bittere Klagen der Bürger geben, die nicht durch objektive Schwierigkeiten erklärt werden könnten. «Sie sind das Ergebnis der Fehler und Mängel in unserem Staatsapparat». Das gelte auch für das unbefriedigende Verhalten der Ämter zum Bürger. «Wir müssen dafür die Verantwortung tragen.»

Die Warschauer Zeitung «Zycie Partii» beschreibt die Aufnahme eines Kandidaten in die Partei: «Wie ist Ihre Weltanschauung?», wird der Anwärter gefragt. «Natürlich materialistisch.» Ob er denn nicht seinerzeit die Kirche frequentiert habe? «Ja früher, aber jetzt habe ich endgültig mit dem Idealismus (sic) gebrochen.» Da meldet sich ein Parteigenosse zum Wort: «Was der Kandidat sagt, stimmt. Ich habe ihn schon seit einem Jahr nicht mehr in der Kirche gesehen.»

Auf Jahresbeginn zählte die polnische KP 1 154 692 Mitglieder und Kandidaten.

Sport

Jugoslawien

Das teure runde Leder

Jugoslawischer Neutralismus auch im Sport: Der Spitzensport des Landes weist sowohl die Eigenschaften des östlichen Staatsamateurismus als auch des westlichen Professionalismus auf, wie aus einem ausführlichen Bericht der Belgrader «Ekonomika Politika» vom 28. Januar hervorgeht.

M. Stamenkovic, der in seinem Artikel die Zustände um das runde Leder unter die kritische Lupe nimmt, weist etwa darauf hin, dass in der Teilrepublik Serbien zweimal mehr staatliches Geld für die Fussballklubs ausgegeben wird, als für den Turnunterricht in den Schulen. Gleichzeitig aber stehe der ganze Fussballbetrieb praktisch ausserhalb der Gesellschaftskontrolle und sei mit der allgemeinen demokratischen Entwicklung des Landes unvereinbar.

Die Fussballstars selber seien eine äusserst paradoxe Erscheinung, Personen, die einerseits ausserordentliche wirtschaftliche Privilegien hätten und andererseits die primitivsten bürgerlichen Grundrechte nicht besässen. Die Privilegien, die der satirische Kommentator im Auge hat, sind selbstverständlich materieller Natur. Ein vorzüglicher Spieler kommt auf seine 100 000 Dinar im Monat, während der Durchschnittslohn eines fachlich qualifizierten Arbeiters kaum 15 000 Dinar ausmacht. Das Einkommen der Fussballspieler setzt sich aus einem relativ kleinen Grundgehalt, dessen Bezeichnung «Stipendium» dem Verfasser als etwas irreführend erscheint, und den je nach Klubfinanzen und momentaner Spielstärke schwankenden Prämien zusammen. Sodann sei kein Fall bekannt, dass Fussballspieler Steuern bezahlten, ein Sonderprivileg, das zwar in keinem Gesetz verankert, aber nichtdestoweniger Tatsache sei.

Zum Ausgleich seiner Sonderstellung in finanzieller Hinsicht müsse der Fussballer dafür auf Rechte verzichten, die sonst jedermann besitze. Jeder Arbeitnehmer habe die Möglichkeit, seinen Arbeitsplatz zu wechseln, zu kündigen oder sich einen andern Wohnort zu wählen. Dem Fussballspieler aber sei dies wegen der Transferbestimmungen so gut wie verunmöglicht. Sogar wenn sein Vertrag mit einem Klub ablaufe, könne er nur mit dessen Bewilligung einem andern Klub beitreten. Es sei ein offenes Geheimnis, dass Mannschaftswechsel von Spielern zwischen den interessierten Klubleitungen ohne Befragung der direkt Betroffenen arrangiert würden. Das nenne man Gentlemen's Agreement. Der schöne Ausdruck bedeute in diesem Falle An- und Verkauf freier Menschen. Stamenkovic beschränkte seine Ausführungen auf jugoslawische Verhältnisse.

Schädlinge

DDR

Vom Käfer auf den Pilz

Vor Jahren, als die Landwirtschaft der DDR vom Kartoffelkäfer stark befallen war, behauptete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), westliche Agenten hätten den Käfer von den Interzonen-Autobahnen auf Gebiete der DDR abgeworfen. Kürzlich protestierte der Leiter des Sekretariates des Ministerrates der DDR schriftlich beim Berliner Regierenden Bürgermeister Brandt dagegen, dass die Biologische Bundesanstalt in West-Berlin Versuche mit dem Blauschimmelpilz, einer gefährlichen Tabakkrankheit, anstellt. Die Experimente mit diesem Schimmelpilz seien nun aus der Bundesrepublik nach Westberlin verlegt worden, «um damit die schädlichen Auswirkungen in vollem Umfange auf das Gebiet der DDR zu übertragen».

Im vergangenen Jahre sind 3933 Mitglieder der SED nach West-Berlin geflüchtet. 38 Prozent der Geflüchteten sind Arbeiter, 40 Prozent gehören zur technischen und wissenschaftlichen Intelligenz. Der Rest verteilt sich auf Angestellte und andere Gruppen.

Die Buchbesprechung

Aus der Schriftenreihe «Sovetica»

des Osteuropa-Institutes der Universität Freiburg (Schweiz), herausgegeben von Prof. Jos. M. Bochenski, liegt ein neues Heft vor: «Die dogmatischen Grundlagen der sowjetischen Philosophie», vom Herausgeber selber redigiert.

Jeder, der sich ernsthaft mit Fragen des Weltkommunismus unserer Zeit auseinandersetzt, wird die im Heft enthaltene Zusammenfassung der sowjetisch-kommunistischen Dogmatik, «Osnovy Marksistskoj Filozofii» («Grundlagen der marxistischen Philosophie», 1959), sicherlich begrüßen. Ein ausführliches Register enthält alle Fachhinweise und ermöglicht es dem Leser, die markanten Grundlinien des kommunistischen Dogmas anhand ausgewählter Thesen aufzuspüren. (Im russischen Urtext sind es 687 Seiten, die vorliegende Zusammenfassung samt Register umfasst 84 Seiten).

Zuverlässigkeit kennzeichnet die erwähnte Arbeit. Sie vermittelt den für die Auseinandersetzung mit der «marxistischen Sozialreligion» (Jaspers) unentbehrlich genauen Einblick in die Quelle einer Dogmatik, die das weltweite Geschehen unserer Tage bestimmt — Quellenmaterialien, die dem politisch Ungeschulten meist unüberblickbar bleiben. Für viele kann und darf das Heft als Repetitorium willkommen heissen werden.

Im selben Verlag (D. Reidel Publishing Company, Dordrecht/Holland) sind auch zwei «Biographien der sowjetischen Philosophie» sowie Lobkowicz «Das Widerspruchsprinzip» erschienen, die wohl mehr für politische, religiöse und wissenschaftliche Kreise empfehlenswert sein dürften.

H. K.

Unser Memo

Ein krasses Beispiel von Geschichtsfälschung enthielt die grosse Rede des sowjetischen Ministerpräsidenten vom 6. Januar. Sie war, wenn auch besonders deutlich in der Form, eine Wiederholung früherer Entstellungen der gleichen Art. Deshalb zuckt man im Westen über solche Stellen leicht die Achsel: Sie sind ja nicht neu, und im übrigen «zu dumm». Für all jene aber, die nichts anderes vernehmen, wird eine solche Version zum gültigen Bild, das selbst Erinnerung an anders gelagerte Tatsachen verblassen lässt. Lügnerische Propaganda entlarvt sich selbst, gut, aber wenn sie nicht von jenen entlarvt wird, für die sie bestimmt ist, erfüllt sie doch ihren Zweck. «Ich hatte bereits Gelegenheit, darauf hinzuweisen», sagte Chruschtschew, «dass der wahnsinnige Hitler, hätte er sich das vernichtende Ende seines blutigen Abenteuers vorstellen können, es sich zweimal überlegt hätte, bevor er einen Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaune riss. Und dabei bestanden zu der Zeit nur zwei sozialistische Staaten: Die Sowjetunion und die Mongolische Volksrepublik. Aber dennoch haben wir den Aggressor vernichtet, wobei uns Differenzen zwischen den imperialistischen Staaten zugute kamen.»

Das Bild, das der Parteisekretär entwirft, ist also folgendes: Die imperialistischen Mächte, das heisst Hitlerdeutschland, die USA und Grossbritannien, waren nicht gerade so einig, dass sie gemeinsam gegen die Sowjetunion ins Feld zogen. So wurde dieser die Aufgabe etwas erleichtert, mit dem Angreifer fertig zu werden. Die kleine Tatsache, dass der ganze Westen gegen den Nationalsozialismus überhaupt im Krieg stand, wird bei dieser Version nicht erwähnt. Und noch viel weniger solche Details, wie dieses, dass die imperialistischen Westmächte die ganze Gewalt der Hitlerischen Waffenmacht abzuwehren hatten, als sich das kommunistische Moskau und das nationalsozialistische Berlin brüderlich in die polnische Beute teilten. Oder dass später die Sowjetunion ihre Siege über Hitler mit einer 12-Milliarden-Dollar-Hilfe aus den USA erfocht.

Die sowjetischen Geschichtsbücher arbeiten nach den gleichen Methoden. Den Weltkrieg lassen sie mit dem Jahre 1942 beginnen, und die ganze Vorgeschichte besteht aus noch so vielen Hinweisen, dass der «Faschismus» — den Nationalsozialismus kennt man in der Sowjetunion nicht — schon immer ein Todfeind des kommunistischen Fortschritts gewesen sei, ganz wie die übrigen Imperialisten.

Die westliche Einstellung gegenüber solchen propagandistischen Tatsachenverdrehungen hat meistens zwei Komponenten: Einerseits gewöhnt man sich diese Art der Darstellung an und geht darüber hinweg zu Aktuellem. Andererseits nimmt man das Geflunker nicht ernst.

Man überlege sich dabei aber zwei Dinge: Wenn wir uns schon daran gewöhnen, wie sollen sich die nicht daran gewöhnen, denen man unwidersprochen solches ununterbrochen vorsetzt. Und wenn wir uns von blossen Lügen nicht beeindrucken und nur an Tatsachen glauben wollen: Die Propaganda ist heute eine der grössten Tatsachen auf der Welt.

Nullenfresser

Diese anschauliche Darstellung von hoch versprochenen, aber nicht gehaltenen Produktionsprozenten bringt die sowjetische satirische Zeitschrift «Krokodil» vom 20. Januar als Abdruck der Zeitschrift «Ara». Einer der witzigsten und bestausgeführten Beiträge zu einem gegenwärtig in der sowjetischen Presse hochaktuellen Thema. Nicht zutreffend wäre es allerdings, von so scharf formulierter Kritik auf allgemeine Ausdrucksfreiheit zu schliessen. Starke Tabus, vor allem was die Parteilinie betrifft, bestehen nach wie vor.



Planerfüllung angekündigt



... und ausgeführt

Der Schnappschuss

Während bei uns kleinen Schulkindern vom Autostop abgeraten wird, sind in Ungarn laut «Szabad föld» Bestrebungen im Gange, private Autobesitzer zu verpflichten, Kinder zur Schule mitzunehmen. Auf Grund einer von der Schuldirektion ausgestellten Bestätigung würden Schüler mit einem längeren Schulweg ermächtigt, jedes Auto anzuhalten. Zum Vorschlag, der demnächst in verschiedenen Regionen in die Tat umgesetzt werden soll, kam es auf Grund einer vom Kulturministerium veröffentlichten Statistik, wonach rund 60 000 kleine Schulkinder einen Schulweg von mehreren Kilometern haben.

Ueber Papierkühe, die kein Gras fressen, dafür aber die Statistik fett machen, berichtet die «Prawda». Die Tiere wurden von den Funktionären dreier Kolchosen im Bezirk Rowno erfunden und beschrifteten folgenden Weg: Die Kolchosa «Fortschritt» verkaufte 250 Kühe an die Kolchosa «Kommunistisches Morgenrot», von «Morgenrot» wanderten sie auf die Kolchosa «Pjermog», die sie wieder an «Fortschritt» verkaufte. Durch die Transaktionen kamen

die drei Kolchosen auf einen — papiernen — Fleischertrag von 220 kg je hundert Hektaren. Am schlimmsten, findet die Zeitung, sei aber, dass die Bezirksbehörden, als ihnen die Papierkühe auffielen, das ganze nur als einen gelungenen Witz betrachteten, statt energisch durchzugreifen.

Ein Hauseigentümer, der in Ungarn sein Haus verkauft, hat deswegen noch kein Recht, seinem Untermieter zu kündigen, wie das Oberste Gericht in einem Urteil feststellte. Damit eine Kündigung rechtskräftig wird, muss erst der Mieter dem Untermieter ein gleichwertiges Zimmer suchen. Und ein Hauseigentümer, der sein Haus verkauft hat, wird bis zu seinem Auszug eben als Mieter betrachtet.

Darf die sowjetische Schuljugend Lehrerschaft und Schuldirektoren kritisieren? Ja, schrieb der Schulleiter E. Kostjaskin in der «Komsomolskaja Prawda» zu dieser gegenwärtig heftig diskutierten Frage. Da die Vertreter des Komsomol (Jugendorganisation der KP) laut einem Beschluss vom letzten Jahr zu den Lehrerratssitzungen eingeladen wurden, sei es nur folgerichtig, ihnen auch das Recht zur Mitsprache und Kritik einzuräumen.

Mit Stolz vermerkt Tass den Erfolg des sowjetischen Kleinwagens «Zaporgeschetz», der in den europäischen Märkten lanciert werden soll, am Brüsseler Autosalon. Was die Agentur dagegen nicht besonders herausstreicht: Der Wagen hat einen britischen Motor und wurde in Belgien montiert.

Arbeitsprämien, fordert die Prager Gewerkschaftszeitung «Prace», haben sich nach den Leistungen zu richten. Worauf sich die Frage stellt, nach welchen Gesichtspunkten sie denn jetzt vergeben werden.

Beträchtlich mehr Angehörige als vor dem Kriege habe der katholische Klerus in Polen heute, erklärt Jozef Siemec, Verfasser einer atheistischen Broschüre, die sich gegen staatliche Hilfe an die Kirche wendet. Die Zahl der Priester sei gegenüber der Vorkriegszeit von 9000 auf 15 000, die Zahl der Ordensleute (Mönche und Nonnen) von 22 000 auf 30 000 gestiegen.

Radio Budapest hatte die Idee, 28 ungarische Träger des Namens Kennedy über ihre Meinung zum amerikanischen Präsidenten zu fragen. Die Einleitung war bei sämtlichen Befragten identisch: «Ich bin in keiner Weise mit ihm verwandt.» Die ungarischen Kennedys stammen vermutlich von irischen Technikern ab, die im 19. Jahrhundert mit einem britischen Unternehmen eine Brücke über die Donau schlugen.

Für Arbeiter und Bauern veranstaltet die Leipziger Karl-Marx-Universität einen einjährigen journalistischen Sonderlehrgang. Die Schnellbleiche sollte genügen, um den künftigen Redaktoren das Abschreiben von Parteitexten zu ermöglichen, wogegen eine längere Ausbildung diese Tätigkeit wiederum erschweren müsste.